

## Gemeindepolitik ohne Parteien?

Immer mehr Parteilose in den Exekutiven

Zürich, 17. Aug. (ap) In der schweizerischen Gemeindepolitik springen vermehrt Parteilose ein. Rund die Hälfte aller 15 500 kommunalen Exekutivmitglieder gehören laut einer Studie der Universität Zürich keiner Partei an. In Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern seien die politischen Parteien in der Exekutive praktisch inexistent. Parteilose Gemeinderatsmitglieder lehnen die Parteien nicht grundsätzlich ab, wie es in der am Montag auszugsweise veröffentlichten Studie «Gemeindepolitik ohne Parteien?» des Soziologischen Instituts der Universität Zürich heisst. Dieses befragte in Zusammenarbeit mit dem IDHEAP in Lausanne sowie dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern erstmals alle 15 500 Exekutivmitglieder der Schweizer Gemeinden zu ihrer politischen Einstellung und Tätigkeit sowie deren sozialen Hintergrund.

### Kein Nachteil

Die parteilosen Exekutivmitglieder gaben laut einem Bericht der «UZH News» zur Hälfte als Grund ihrer Parteilosigkeit an, dass die ihnen zugehörige Partei in der jeweiligen Gemeinde nicht existiere. 96 Prozent sind davon überzeugt, dass Gemeindepolitik ohne Parteien ebenso gut funktioniert wie mit. Überdurchschnittlich häufig werde aber moniert, dass die Parteien zu stark auf Konflikt statt auf die Probleme der Gemeinden ausgerichtet seien. Darauf, dass Parteilose offenbar keine Lust auf ideologische Streitereien haben, deutet laut Studie der Umstand hin, dass sie sich politisch häufiger in der Mitte einordnen als Parteigebundene. Der Nutzen der Parteien werde aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. 70 Prozent der befragten Parteilosen könnten sich mit einer Bundesratspartei identifizieren.

Für den Zürcher Soziologen Urs Meuli widerspiegelt die hohe Zahl von Parteilosen die Krise der Lokalparteien, die in den 1980er Jahren begann, wie die «UZH News» weiter schrieb. Für den beruflichen Aufstieg sei es früher geradezu Bürgerpflicht gewesen, in der Gemeinde ein politisches Amt zu übernehmen. Heute seien die Leute mobiler, flexibler und individualistischer. Es interessiere nicht mehr eine Parteikarriere, sondern das konkrete, oft befristete Engagement für ein Anliegen wie eine Tempo-30-Zone.

### Erst kürzer in der Gemeinde wohnhaft

Parteilose seien auch weniger lang in einer Gemeinde wohnhaft als Parteigebundene. Rund die Hälfte lebe weniger als 20 Jahre in einer Gemeinde, während es bei den Parteigegebenen nur 30 Prozent seien. Zudem könnten Parteilose weniger auf politische Familientraditionen zurückblicken als Parteigebundene. Hier betragen die Anteile 30 beziehungsweise 60 Prozent. Dennoch gibt es Parallelen: Wer sich für ein Gemeinderatsmandat zur Verfügung stellt, ist gemäss Studie in der Regel verheiratet, hat Kinder und ist somit stärker in der Gemeinde verankert.

### NZZvotum

## Gesucht: Bundesrat

Polit-Experte Iwan Rickenbacher bloggt

**dau.** Wer wird am 16. September zum Nachfolger oder zur Nachfolgerin von Bundesrat Pascal Couchepin gewählt? Verteidigt die FDP ihren zweiten Sitz? Oder gelingt der CVP die Revanche für die Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler im Jahr 2003? Auf diese Fragen versucht Polit-Experte Iwan Rickenbacher in seinem Blog auf NZZvotum Antworten zu finden.

Diskutieren Sie mit: [www.nzzvotum.ch](http://www.nzzvotum.ch)

### NZZ Online

Laufend aktualisierte Nachrichten, Analysen und Hintergründe zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport. [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)

# Die Gottfried-Keller-Stiftung – Eckstein schweizerischer Kulturpolitik

Ein Plädoyer für einen Neuanfang

Von Andreas Müller und Franz-Josef Sladeczek, Zürich und Bern\*

*Um die Gottfried-Keller-Stiftung, die sich um den Ankauf von Kunstwerken nationaler Bedeutung kümmert, ist es schlecht bestellt. Die Autoren werfen dem Eidgenössischen Finanzdepartement, dem die Stiftung unterstellt ist, mangelnde Sorgfalt vor. Sie plädieren für einen Neuanfang.*

Die Gottfried-Keller-Stiftung (GKS, nur namensgleich mit dem Schriftsteller) wurde 1890 von Lydia Welti-Escher, der vermögenden Tochter des legendären Alfred Escher, mit einem Stiftungsvermögen von 5 Millionen Franken, heute mindestens 50 Millionen darstellend, gegründet. Von der eigentlichen Bestimmung der Stiftung, Kunstwerke von nationaler Bedeutung anzukaufen, kann indes wegen langjähriger Misswirtschaft nicht mehr die Rede sein. Lydia Welti-Escher hatte seinerzeit die an sich stimmige Idee, ihre Schenkung dem Bund anzuvertrauen. So übereignete sie 1890 der Eidgenossenschaft diesen millienschweren Betrag, aus dem denn auch während Jahrzehnten bedeutende Anschaffungen getätigt werden konnten.

### Misswirtschaft

Die Stiftung hat mittlerweile aus dieser Schenkung gegen 8500 Werke von zum Teil höchster Bedeutung und Qualität für die Eidgenossenschaft erworben. Diese befinden sich heute als Dauerleihgaben in den kantonalen Museen und stellen wichtige Pfeiler in deren Beständen dar.

Die gut angedachte Idee, die Schenkung in Form einer Sonderkasse des Bundes zu führen, hat sich indessen als wenig nachhaltig erwiesen. So wurde behördlicherseits seit Jahrzehnten der Substanzerhaltung des Stiftungskapitals überhaupt keine Beachtung geschenkt. Anlagepolitische Fehler, fehlende Aufmerksamkeit der Behörden, wohl auch ein gelegentlich bescheidenes behördliches Interesse am Kulturgut der Schweiz führten dazu, dass zurzeit nur noch etwas mehr als 4 Millionen Franken vorhanden sind. Ein eigentlicher Ankaufsetat besteht somit nicht mehr; die Stiftung kann ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Diese Vorgänge sind durch diverse Publikationen vor allem von Joseph Jung in jüngster Zeit gut dokumentiert. Mit einer Interpellation im Nationalrat im Herbst 2008 ist auch eine weitere Öffentlichkeit auf dieses kulturpolitische Anliegen aufmerksam gemacht worden. Wenn einer der ältesten nationalen Einrichtungen der Kulturpflege in Europa wegen Misswirtschaft das Ausdroht, ist das skandalös. Zum Vergleich: Die Christoph-Merian-Stiftung in Basel, etwa zur gleichen Zeit mit einem damaligen Vermögen von 10 Millionen Franken gegründet, verfügt heute über ein Vermögen von rund 400 Millionen Franken und ist in der Lage, jährlich 3 bis 4 Millionen für gemeinnützige Zwecke auszuschütten.

Mit gutem Recht darf angenommen werden, dass die desaströse Entwicklung der Gottfried-Keller-Stiftung auch strukturelle Gründe hat. Entgegen der Bezeichnung ist sie eben gerade nicht wie die Meriansche Stiftung eine «echte» ge-

\* Andreas Müller ist Stiftungsexperte in Zürich, Franz-Josef Sladeczek ist beratender Kunsthistoriker in Bern; von den Autoren ist kürzlich erschienen: «Sammeln & Bewahren. Das Handbuch zur Kunststiftung». Benteli-Verlag, Bern 2009.



Um Lydia Welti-Eschers Vermächtnis für die Kunst ist es schlecht bestellt.

meinnützige Stiftung mit entsprechend hohem Autonomiegrad. Sie untersteht denn auch nicht der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht, sondern ist dem Finanzdepartement, und somit dem verantwortlichen Bundesrat, zugeordnet. Die Verwaltung des Vermögens geschieht nicht durch einen verantwortlichen und allein dem Zweck verpflichteten Stiftungsrat, sondern durch eine Amtsstelle. Eine «echte» Stiftung böte an sich zwar noch nicht Gewähr für gutes Management, wäre aber eine prüfenswerte neue Struktur, da sie die wichtige Unabhängigkeit vom Staat sichert.

### Zur Erhaltung nationalen Erbes

Der Bund überlässt die Pflege von Kunst und Kultur weitgehend den Kantonen. Die GKS ist somit eines der wenigen Instrumente des Bundes, um das künstlerische Erbe des Landes zu bereichern. Hier wäre mehr Sorgfalt und Autonomie dringend geboten gewesen. Die Geschichte der GKS lässt sich nämlich durchaus sehen: So ist es im Falle eines bedeutenden Landschaftsbildes von Giovanni Segantini dank der Präsenz der GKS gelungen, zusätzliche Mittel von Drittpersonen zu generieren. Heute hängt das Werk im Aargauer Kunsthause, sonst wäre es in das Art Institute in Chicago abgewandert. Auch bei anderen kulturpolitisch gewichtigen Vorgängen der Vergangenheit hätte die GKS als eine starke und autonome Stiftung eine gewichtige Rolle spielen können: so etwa bei der Sicherung der Sammlung Thyssen (heute in Madrid zu sehen) oder als nationale Kultureinrichtung bei der Gründung der Alberto-Giacometti-Stiftung.

Es steht ausser Frage, dass es in der Schweiz eines schlag- und finanzkräftigen Instruments bedarf, um Kulturgut von nationaler Bedeutung zu retten und zu erhalten. Eine starke, neu aufgestellte Gottfried-Keller-Stiftung könnte das Gefäss dafür abgeben, sie hätte zudem eine natio-

nale wie internationale Signalwirkung und wäre durch ihr Vorgehen bei wichtigen Projekten geeignet, finanzkräftige Quellen von aussen mit einzubinden. Der Bund steht auf jeden Fall angesichts des mehrfach belegten, jahrzehntelangen Fehlverhaltens der Eidgenössischen Finanzverwaltung im Obligo, sowohl gegenüber der Schenkerin als auch und vor allem in seiner Funktion als oberster Bewahrer des nationalen Kulturgutes.

In der bundesrätlichen Antwort auf die erwähnte Interpellation ist leider wenig Ermutigendes und Zielführendes auszumachen: Die Rede ist zwar auch von einer Neualimentierung der Stiftung, was aber ohne begleitende strategische Weichenstellung im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld wohl auf wenig Gegenliebe stossen wird. Die Leidensgeschichte der Gottfried-Keller-Stiftung zeigt klar, dass es mehr braucht als ein isoliertes Aufstocken der finanziellen Mittel. Selbst wenn die nötigen Mittel bereitgestellt werden könnten, ein Kapitalstock von rund 50 Millionen Franken wäre zur Wahrung eines jährlichen Etats von 2 bis 3 Millionen vonnöten, wäre ohne strukturelle Massnahmen wohl bald wieder dieselbe Situation anzutreffen.

Wenn der Bundesrat auch «Einsparungen im administrativen Bereich» prüfen will, belegt das die erwähnte kleinnütige Haltung. Wie angesichts der bescheidensten personellen Strukturen (die Stiftung hat 0,9 Sekretariats-Stellen) ein genügender Hebel entstehen könnte, um die GKS wieder in die Lage zu versetzen, erneut Fuss zu fassen und Ankäufe zu tätigen, ist schleierhaft. Schliesslich denkt man da und dort offenbar sogar an eine stille Beerdigung der Stiftung, was einem endgültigen Zugeständnis des kulturpolitischen Versagens gleichkäme.

### Ein mutiger Schritt tut not

Einer kulturpolitischen Grundsatzüberlegung wäre bei der Reaktivierung der Gottfried-Keller-Stiftung hohe Priorität einzuräumen. Erfolgversprechend kann dies indes nur sein, wenn sich alle angesprochenen Kunstliebhaber und interessierten Kreise, das heisst Bund, Kulturverantwortliche in den Kantonen, die Museen, private Leihgeber usw., in einer gemeinsamen Aktion fänden und dieser auch der nötige politische Sukkurs gesichert würde. Ein solcher runder Tisch würde wenigstens zur Hoffnung Anlass geben, dass dieser in der Schweiz einmaligen Einrichtung endlich wieder jene Bedeutung zukommt, die ihr einst zugegedacht worden war: als einer Institution, die sich voll und ganz dem Gedanken «Sammeln für Schweizer Museen» verschrieben hat.

Professionelle Führung, zeitgemässe Anlageleitlinien und klare Stiftungsstrategien müssten in einem solchen Diskurs die Kernthemen sein. Die Details können zurzeit noch offenbleiben; die Erfahrung lehrt aber, dass mit einem halbherzigen Einzelbeitrag aus der Bundeskasse nichts gewonnen wird. Es braucht nicht mehr und nicht weniger als eine zeitgemässe Neuinterpretation des schenkerischen Willens und ein dafür geeignetes Gefäss – allenfalls eine «echte» Stiftung mit gemischter Trägerschaft. Der Kulturstandort Schweiz hätte eine Reanimation der Gottfried-Keller-Stiftung auf neuer Grundlage in jeder Hinsicht verdient.

# JA

am 27. September 2009

# AHV sichern

[www.rentensicherheit.ch](http://www.rentensicherheit.ch)

Komitee, %, Postfach 6136, 3001 Bern, PC 30-5503-0



**IV sanieren**  
«Spardruck auf die IV erhöhen.»